Bundesgericht stoppt Trumps Einreisestopp für Harvard-Studierende!

Ein US-Gericht blockiert vorübergehend den Einreisestopp für ausländische Harvard-Studierende, während die Klage der Universität anhängig ist.

Harvard University, Cambridge, MA, USA - Ein Bundesgericht in den USA hat den von Präsident Donald Trump angekündigten Einreisestopp für ausländische Staatsangehörige, die an Harvard studieren möchten, vorerst blockiert. Richterin Allison D. Burroughs entschied, dass die geltenden Einreisebestimmungen bis zu einer Anhörung vor Gericht aufrechterhalten werden müssen. Dies geschah in Anbetracht der Argumente von Harvard, die darlegten, dass die Universität andernfalls „einen unmittelbaren und nicht wieder gutzumachenden Schaden erleiden" würde. Die Entscheidung gilt bis zu einer weiteren Anordnung des Gerichts.

In ihrer Klage hat Harvard die Ankündigung Trumps angefochten

und diese kürzlich ausgeweitet. Kritisch wird dabei die Behauptung der US-Regierung, dass die Einreise von ausländischen Studierenden ȝschädlich für die Interessen der Vereinigten Staatenȝ sei, zurückgewiesen. Harvard hat die Argumentation als ungerechtfertigt und unbegründet zurückgewiesen, da die betroffenen Personen weiterhin einreisen dürfen, solange sie nicht an der Universität studieren wollen. Außerdem wurde die Trump-Regierung beschuldigt, eine ȝkonzertierte und eskalierende Vergeltungskampagneȝ zu führen.

Reaktion der Trump-Regierung und die Anschuldigungen

Präsident Trump hatte das Einreiseverbot für zunächst sechs Monate angekündigt. Es sollte Personen betreffen, die ausschließlich oder hauptsächlich für ein Studium oder Austauschprogramm an Harvard einreisen möchten. Der US-Staat setzt damit Maßnahmen fort, um die Einflussnahme von ausländischen Studierenden auf Hochschulen zu regulieren. In diesem Zusammenhang ordnete das US-Außenministerium an, Visa von bereits an Harvard studierenden ausländischen Staatsangehörigen besonders gründlich zu überprüfen.

Trump hat Harvard als ȝantisemitische, linksextreme Institutionȝ diffamiert und begründet seine Maßnahmen mit dem Verhalten der Universität, die er als ungeeignet für ausländische Studierende und Forscher ansieht. Zudem plant die Regierung, Bundeszuschüsse in Milliardenhöhe für Harvard zu streichen. Harvard hat darauf reagiert, indem es seine Diversitätsprogramme nicht abgeschafft hat und weiterhin gegen das Vorgehen der US-Regierung juristisch vorgeht.

Auswirkungen und nächste Schritte

Die Entscheidung von Richterin Burroughs ist vorläufig und stellt noch kein endgültiges Urteil dar. Es bleibt abzuwarten, wie die

Anhörung und das weitere Verfahren verlaufen werden. Sollte die Anhörung zugunsten von Harvard entschieden werden, könnten die Einreiseregelungen für internationale Studierende an der renommierten Universität wieder normalisiert werden. Im Mai hatte die Richterin bereits zugunsten von Harvard entschieden, was den Ausschluss ausländischer Studierender zunächst stoppte.

Die gesamte Situation ist dabei Teil einer größeren politischen Agenda von Präsident Trump, die darauf abzielt, Änderungen an führenden Universitäten wie Harvard durchzusetzen. Universitäten, die aus Sicht der Regierung zu liberal sind, sehen sich vermehrt unter Druck, ihren Umgang mit internationalen Beziehungen und Themen wie Antisemitismus grundlegend zu überdenken.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Harvard University, Cambridge, MA, USA
Quellen	• www.op-online.de • www.tagesschau.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net